Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint: Mittwoch und Sonnabend vormittag.
Bezugspreis monatlich: durch den Boten ins Haus gebracht 2.50 Mark. Durch die Post 7.50 Mark, durch die Briefträger frei ins Haus 7.50 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Anzeigen: Es kostet der 54 mm breite Anzeigen-Millimeter Raum 25 Pfg., der 90 mm breite Reklame Millimeter-Raum im Reklameteil 75 Pfg. Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag mittags 12 Uhr angenommen. Größere Anzeigen müssen einen Tag früher aufgegeben werden.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.

Anschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Roßleben.
Telefon: Amt Roßleben Nr. 21. Postscheckkonto: Leipzig 22832.

Schriftleitung, Verlag und Druck: Wilh. Sauer in Roßleben.

Nr. 101. **Mittwoch, den 14. Dezember 1921.** **34. Jahrgang.**

Die Not der deutschen Presse.

Die deutsche Presse wird plötzlich vor die bedürftige, mit allen möglichen Mitteln bisher verhinderte Katastrophe gestellt. Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünfzigfache gesteigerten Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten abwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 Mark kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37000 Mark gestiegen war. Plötzlich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Verteuerungen und die enormen Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die Produktionskosten zu Riesensummen zusammen, zu denen auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungsgewerbe aufrecht zu erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen. Wir treiben offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Ordnung des Staatslebens bedeuten wird. Nur Kurzsichtigkeit und Unkenntnis kann das verkennen. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Das muß verstanden und gewürdigt werden in dem Augenblick, wo es nun tatsächlich geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse.

Wir erwarten daher zuversichtlich, daß die unbedingt notwendigen außergewöhnlichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zuletzt deshalb getragen werden, weil nur so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Erliegen schützen. Und wenn es leider bei der stürmischen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche altengebürgerte und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbruch zu retten, so darf uns doch Pessimismus nicht dahin bringen, daß wir ganz widerstandslos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Presse, die — jede Zeitung in ihrer Richtung — mehr als je kämpft für das Wohl der Volksgesamtheit in diesen Zeiten, bedarf auch in erhöhtem Maße der Einsicht ihrer Leser.

Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenthalben anerkannt werden, solange es noch Zeit ist!

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V.

Aus der Umgegend.

Nebra, 14. Dezember

— **Siedlungs-Vortrag.** Auf Sonnabend, den 10. dss. Mts., wurde auf Veranlassung des Wohnungsamtes in das „Weiße Roß" eine Versammlung einberufen, die sich mit der Abhilfe der Wohnungsnot beschäftigte. Der Vorsitzende des Kreiswohnungsamtes in Querfurt, Herr Kreissekretär Burnus, führte in seinem Vortrage aus, daß der Wohnungsnot nur durch die Pflege und Förderung des Siedlungswesens, der Herstellung von Eigenheimen gesteuert werden könne. Er erläuterte an verschiedenen Beispielen den bereits im Kreis getätigten Siedlungsbau und trat sehr warm für die Gründung einer Heimstättengesellschaft in seinen Ausführungen ein. Die darauffolgende Aussprache bewegte sich zum größten Teil über die Frage des Kostenpunktes bezw. der Baugeldschüsse, und zwar mit Recht, da es dem einzelnen der Siedler nicht möglich ist, die heute enorm hohen Baukosten selbst zu tragen, und der Bau eines Eigenheims nur zustande kommen kann, wenn Staat, Gemeinde und sonstige öffentliche Institute durch Gewährung von langfristigen, unverzinsbaren Beihilfen, die nur mit einem geringen Prozentsatz im Laufe der Zeit zurückgezahlt werden können, eingreifen. Dieser Aussprache folgte dann die Wahl einer Kommission, die beauftragt wurde, die Vorarbeiten zur Einberufung der Gründerversammlung einer Baugesellschaft, zu erledigen. Die Versammlung war sich bewußt, daß nur auf diesem Wege der Wohnungsnot gesteuert werden könnte und es war bei allen Versammlungsteilnehmern der Wille vorhanden, den Heimstättenbau in jeder Hinsicht zu fördern.

— **Im Zentral-Theater** gelangt am Sonnabend ein Abenteuerfilm: „Das Land der Finsternis" zur Aufführung. Die Besucher werden hierbei gewiß auf ihre Rechnung kommen.

— **Zur Wirtschaftslage.** Aus dem Landratsamt geht uns nachstehende Zuschrift zur Veröffentlichung zu: „In einer Zeitschrift des Einzelhandels findet sich eine eindringliche Mahnung an Industrie, Groß- und Einzelhandel, dem „fieberhaften Gewinntaumel, der Teile von Großhandel und Industrie ergriffen, aber auch vor dem Einzelhandel nicht Halt gemacht hat, Einhalt zu gebieten und die unverantwortlichen Elemente innerhalb seiner Reihen, Vampyre an der ohnehin geschwächten und ausgebeuteten deutschen Volkswirtschaft, von sich abzuschütteln". Diese Ausführungen lassen erkennen, daß es den Erwerbsständen bisher noch nicht gelungen ist, der um sich greifenden Mißstände Herr zu werden. Umsomehr wird es Pflicht sämtlicher beteiligter Behörden sein, das ehrliche Streben des Handels, Schieber und Wucherer auszumerzen, mit allen Mitteln der Aufklärung, des polizeilichen strafrechtlichen Vollzuges zu unterstützen. Aber auch der Verbraucher wird zum Erfolge wesentlich beitragen können, wenn die Einsicht Oberhand gewinnt und sinnlose Angstkäufe, die in steigendem Maße zu beobachten sind, unterlassen werden. Die übermäßige Inanspruchnahme des Marktes führt zu einer Steigerung der Preise und schädigt diejenigen Teile der Bevölkerung, die aus volkswirtschaftlich begründeten Erwägungen oder aus Mangel an Mitteln sich in ihren Anschaffungen auf das Nötigste beschränken. Ein bedenklicher Rückschlag mit schwersten Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt ist eine weitere in absehbarer Zeit zu erwartende Folge der Angst- und Hamsterkäufe. Das unwirtschaftliche Treiben der Hamsterer entzieht aber auch wichtige Waren und Rohstoffe ihrer Bestimmung und setzt sie dem Verderben aus, so daß sie der verarmten Volkswirtschaft dauernd verloren gehen."

— **Die Zuckerpreise** sind, wie uns die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie mitteilt, soeben neu festgesetzt worden. Die von ihr seit Ende September ihren Mitgliedern vorgeschriebenen niedrigen Preise, die nach Ansicht des Reichswirtschaftsrates einen Kleinhandelspreis von etwa 5 Mk. je Pfund rechtfertigen, können von ihr nicht mehr aufrecht erhalten werden, wie auch sonst für alles in letzter Zeit eine Preissteigerung eingetreten ist. Die zweimalige Erhöhung der Eisenbahnfrachten um insgesamt 95 v. H., die Verteuerung der Kohlen und aller Betriebsmittel, die Erhöhung der Löhne müssen einen Ausgleich erfahren. Vor allem aber muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß aus dem Zucker ein Zuckerrübenpreis herausgewirtschaftet wird, der in angemessenem Verhältnis zu dem Preise anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht. Bei dem bisherigen Zuckerpreise, zu dem bereits bis etwa ein Drittel der Zuckererzeugung des ganzen Jahres verkauft ist, ist das nicht möglich. Bleibt der Zuckerrübenpreis zu niedrig, dann wird die Landwirtschaft im nächsten Jahre weit weniger Rüben bauen, eine für unsere Volksernährung sehr bedenkliche Aussicht. Der neue Preis ist auf rund 500,— Mk. je Zentner gewöhnlichen gemahlenen Zuckers ohne Sack ab Verladestelle der Fabrik festgesetzt worden, d. h. auf kaum die Hälfte des Weltmarktpreises. Gleichzeitig sind weitere Freigaben erfolgt, um der Zuckerknappheit abzuhelfen, sodaß nahezu die Hälfte der voraussichtlichen Erzeugung dieses Jahres für die Monate Oktober—Februar dem Verbrauch zur Verfügung stehen wird. Abhilfe der Zuckerknappheit ist aber auch dann nur möglich, wenn die Eisenbahnwagengestellung eine ganz andere wird.

— **Preiserhöhung.** Der Landesverband der Schmiedevereinigungen für Thüringen und angrenzende Gebiete, sowie der Schmiede-Bezirks-Verband für die Provinz Sachsen und die „Freistaate" Anhalt und Braunschweig geben bekannt, daß sie infolge der enorm gestiegenen Materialien- und Kohlenpreise (Roßhufeisen: spec. Qual. über 1000 Mk.) gezwungen sind, die Preise ihrer Preisliste vom 1. April 1921 auf 50%, bezgl. Hufbeschlag auf 60—70% zu erhöhen.

— **Schreibe auf Vorrat!** Post und Eisenbahn wetteifern in der Erhöhung ihrer Gebührensätze und bald muß es sich zeigen, welche der beiden Verwaltungen zuerst ihren Betrieb zugrunde gerichtet hat. Kaum hat der Reichsrat einen zum 1. Januar inkraft tretenden Gebührentarif genehmigt und schon hat die Postverwaltung eine neue Vorlage mit bedeutend höheren Sätzen herausgebracht. Vom 1. Januar ab sollen kosten: der Brief 1,50 Mk., die Postkarte 1.— Mk., das Päckchen 4.— Mk., Pakete 5—36 Mk., Telegramme das Wort 75 Pfg., und alles andere dementsprechend. — Die Postverwaltung verlangt in ihrer neuen Vorlage für die Postkarte 1,25 Mk., für den Brief 2.— Mk., Telegramme das Wort 1.— Mk. (Mindestgebühr für ein Telegramm 10.— Mk.), Fernsprecher wird dementsprechend gesteigert. — Wie es heißt, plant die Eisenbahnverwaltung eine ebenso enorme Steigerung. Daß dadurch schließlich jedes gewerbliche Streben erdrosselt wird, daran scheinen die in den Verwaltungen sitzenden Geheimräte nicht zu denken. Sie sägen in aller Seelenruhe den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Roßleben. Am 11. d. Mts. fand in Roßleben der 1. Bezirkstag für den Bezirk Roßleben des Kreislandbundes (Kreisbauernschaft) Querfurt statt. Um 2[00] Uhr nachmittags fanden sich die Vertrauensmänner des Bezirks im „Goldenen Hirsch" zu einer Sitzung zusammen, in der interne Bundesangelegenheiten behandelt wurden. Um 3[30] Uhr eröffnete im Saal des „Goldenen Hirsch" der Kreisbauernmeister, Herr Landrat a. D. von Helldorff-Baumersroda, den Bezirkstag und begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder sowie insbesondere Winterschuldirektor Hemeter-Elsterwerda, Frau Professor Künzer-Halle, als Vertreterin der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, sowie Herrn Direktor Burchhardt als Vertreter des Provinziallandbundes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Kreisbauernmeister mit warmen Worten des verstorbenen Mitgliedes, Herrn Gutsbesitzer Richard Nennewitz-Roßleben, zu dessen Ehrengedenken sich die Anwesenden von ihrem Platz erhoben. In seiner Eröffnungsansprache betonte der Kreisbauernmeister die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der gesamten deutschen Landwirtschaft und richtete an die Erschienenen die dringende Bitte, auf die der Landbundorganisation noch fernstehenden Berufsgenossen einzuwirken, daß auch sie sich im Landbund zusammenschließen. Darauf erteilte er der Frau Prof. Künzner das Wort zu ihrem Vortrage über „Zweck und Ziel der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine". Die ersten landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine seien in den 90er Jahren in Ostpreußen gegründet worden aus dem Wunsch der landwirtschaftlichen Frauen heraus, sich durch regen Austausch von Gedanken und Erfahrungen selbst weiterzubilden. Des weiteren sollten die Vereine die Gegensätze zwischen Stadt und Land überbrücken. In den Städten habe es Hausfrauenvereine schon seit den 70er Jahren gegeben. Dort seien die Frauen fester organisiert. So säßen denn auch im Reichswirtschaftsrat 2 städtische Frauen, während die Landhausfrau dort garnicht vertreten sei, und doch sei dringend notwendig, daß auch die Wünsche der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine vorgetragen würden. Deshalb sei die Hausfrauenorganisation ebenso notwendig, wie die Organisation der Männer. Wiederholt sei auch bereits der Reichsverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, deren 1. Vorsitzende Frau Elisabeth Böhm sei, von den Behörden zu Rate gezogen. Aufgabe der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine sei ferner der Ausbau des Lehrlingswesens, Bildung von Wanderhaushaltungsschulen und Wohlfahrtspflege. Die Ausstellung der Hausfrauenvereine auf der Ausstellung der D. L. G. im Sommer in Leipzig habe gezeigt, was die Hausfrauen alles leisten könnten. Die Rednerin schloß mit der Aufforderung an die anwesenden Hausfrauen, sich in den landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen zusammenzuschließen. „Wir brauchen jeden Kopf und jede Hand zum Wiederaufbau des Vaterlandes". Darauf traten die anwesenden Hausfrauen auf Veranlassung von Frl. Seidler-Göhrendorf zusammen, um Vorarbeiten zu treffen für die Gründung von landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen. Darauf ergriff Herr Reichstagsabgeordneter Hemeter das Wort. In seinem Referat über die Grundlagen unserer Ernährungspolitik beleuchtete Herr Hemeter die Ernährungsfragen vor dem Kriege, nach dem Kriege und nach den Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles und des Ultimatums. Die schlimmsten Zeiten wären noch nicht vorüber, sie ständen uns noch bevor; deshalb müsse man bei Zeiten Maßnahmen treffen, um ihnen begegnen zu können. Vor dem Kriege konnte der Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu 4/5 aus dem Inland gedeckt werden und zwar zu 90% an pflanzlichen Stoffen, zu 76% an Fleisch und Fett, zu 50% an Milch und Milchprodukten. Von den 68 Millionen Einwohnern konnten 56 Millionen von der Landwirtschaft ernährt werden.

Nach dem Kriege waren unter dem Einfluß der Zwangswirtschaft und der unseligen Preispolitik die Ernteerträge ganz erheblich zurückgegangen, ebenso der Vieh- und Schweinebestand sowohl an Stückzahl wie an Qualität und Schlachtgewicht. Die Milchproduktion war von 24 Milliarden Liter jährlich auf 9 Milliarden zurückgegangen. Weiter verschärft wurde die Ernährungslage durch die schlimmen Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles. Des weiteren müßten wir alles, was die Landwirtschaft der Entente zu ihrem Wiederaufbau braucht an Saatgut, Düngemitteln, Maschinen usw. an sie abliefern und zwar kam die Entente hierfür immer wieder neue Forderungen stellen. Wir sind mit unserer Lebensmittelproduktion zurückgeworfen in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, jedoch mit dem Unterschiede, daß damals die Gesamtbevölkerung etwa 45 Millionen betrug und sich aus 3/4 Erzeugern und 1/4 Verbrauchern zusammensetzte, während heute bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60 Millionen 1/3 Erzeuger etwa 2/3 Verbrauchern gegenüberstehen. Wenn wir unsere Bevölkerung so ernähren wollten wie vor dem Kriege, so müßten wir alljährlich für 13,8 Milliarden Goldmark Lebensmittel einführen. Wir können aber nur 4 Milliarden Goldmark dafür ausgeben. Redner beleuchtete dann das heutige Finanzelend und legte überzeugend dar, daß auch bei schärfster steuerlicher Kraftanstrengung das Ultimatum nicht erfüllt werden kann. Unsere Hauptaufgabe bestünde in der Hebung der Landwirtschaft. Dies müsse das Ziel unserer Politik sein. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft kann nur gehoben werden, wenn für Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande gesorgt würde, wenn dem Bauern die Garantie geboten würde, daß er das, was er säet, auch ernte. Ferner sei erforderlich die Gewährung des Besitzes und Eigentums und schließlich die uneingeschränkte Verfügung über die Produktionsmittel. Leider würde dem aber von landwirtschaftsfeindlicher Seite entgegengearbeitet, teils offen durch die Drohung der Sozialisierung, teils versteckt in Gestalt von Steuerprojekten. Falls die Erfassung der Gold- oder Sachwerte durchgeführt werden sollte, so würde das die Ueberfremdung des deutschen Eigentums bedeuten. Im Interesse der Hebung der Produktion müsse die Zwangswirtschaft gänzlich abgebaut werden. Notwendig sei ein enges Arbeitsverhältnis des Landbundes mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen. Ferner müsse eine Verständigung zwischen Erzeuger und Verbraucher herbeigeführt werden. Bauer, Bürger und Arbeiter müßten zusammen gemeinsame Arbeit zum Wiederaufbau des Vaterlandes leisten. Die Vortragenden ernteten reichen Beifall. Adamn wurde zur Wahl des Bezirksvorstandes geschritten. Um 5[00] Uhr schloß der Kreisbauernmeister die Sitzung. Am Abend fand ein gemeinsames Essen statt, an welches sich noch ein flotter Tanz anschloß, der Alt und jung noch manche Stunde froh beisammen sah.

Waltershausen. Sechzehn Puppen- und Spielwarenfabriken von Waltershausen und Umgegend haben bekannt: Durch einen wilden Streik der Augeneinsetzer sind wir an der Weiterführung unserer Betriebe gehindert und daher gezwungen, allen Arbeitern am nächsten Freitag, für den 23. Dezember d. J., zu kündigen.

---

* **Neues Reichswaisenhaus.** Zum Ersatz für das an Polen verlorene Reichswaisenhaus in Bromberg soll in Halle ein neues Reichswaisenhaus errichtet werden. Die Reichsfachschule Sachsen-Anhalt mit anderen Waisenpflegeverbänden haben zu diesem Zweck bereits ein Villengrundstück erworben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219211214-16/fragment/page=0001

Der Kapp-Putsch vor Gericht.

Leipzig, im Dezember.

Was sich gegenwärtig vor dem höchsten deutschen Gerichtshofe in Leipzig unter der gespannten Aufmerksamkeit nicht nur der zunächst interessierten politischen und juristischen Welt, sondern unter lebhaftester Anteilnahme breitester Bevölkerungskreise abspielt, denen die aufregenden Märzwochen des Vorjahres noch in frischer Erinnerung sind, kann man nicht als die letzte und endgültige Abrechnung über das fehlgeschlagene Unternehmen des früheren Generallandschaftsdirektors Kapp ansprechen. Es ist nur ein Bruchstück, das nicht einmal die wesentlichsten Kapitel eines richterlichen Nachspiels zu erschöpfen vermag, denn der Führer des ganzen Staatsstreiches fehlt, und die Verhandlungen richten sich nur gegen einige seiner Mitangeklagten und Helfer, von denen wiederum der anscheinend wichtigste und tonangebende, der General v. Lüttwitz ebenfalls nicht aufgefunden wurde. Nur der Innenminister der Kappregierung, v. Jagow, sowie v. Wangenheim und Dr. Schiele erscheinen vor den Schranken des Gerichts und der erste Verhandlungstag hat dem ersten Eindruck nach deutlich gezeigt, daß diese drei Angeklagten sich durchaus nur als Helfer und ausführende freiwillige Untergebene des oder der eigentlichen Leiter des Putsches und jedenfalls nicht als selbständige Führer betrachtet wissen wollen, obwohl Jagow die Bezeichnung „Mitläufer" auch nicht gelten lassen wollte. Es bleibt daher abzuwarten, inwieweit sich die Anklage, die auf Hochverrat durch Teilnahme am Putsch und durch Amtshandlungen während desselben lautet, bestätigen, oder inwieweit das Urteil zu veränderter Auffassung der Handlungsweise der Beschuldigten kommen wird.

Zunächst haben alle drei Angeklagten ihre Schuld energisch in Abrede gestellt. Sie bestreiten, daß sie den Versuch gemacht hätten, die Verfassung des Reiches gewaltsam zu ändern und betonen vielmehr, daß ihre Bereitwilligkeit, dem Führer des Unternehmens zu helfen, nur darauf zurückzuführen sei, daß sie an eine in gesetzmäßigen Formen vor sich gehende Umwälzung geglaubt und vor allem ihre sachkundige Mitwirkung zur Verfügung stellen wollten, um die Ordnung herzustellen und Katastrophen, besonders im Ernährungswesen, zu vermeiden. Die Schilderungen, die der erste der Vernommenen, Jagow, von dem Verlaufe des Putsches gab, ließen jene aufgeregten Tage noch einmal in voller Lebendigkeit erstehen und bestätigten, daß der Putsch ohne ausreichende planmäßige Vorbereitung stattfand und in Kopflosigkeit und Verwirrung zusammenbrach. Daß ein genaues klares Aktionsprogramm bestanden habe, stellte Jagow scharf in Abrede. Wenn Jagow sagte, daß er in dem auf Wunsch Kapps übernommenen Innenministerium nur unwesentliche Amtshandlungen vorgenommen habe, so steht das allerdings im Widerspruch dazu, daß er hohe Beamte absetzte und sogar den Innenminister selbst „beurlaubte". Immer wieder betonte er, daß er nur Kapps Anweisungen ausgeführt habe, in den Plan des Ganzen nur mangelhaft eingeweiht gewesen sei und bis zuletzt, als auch er nach dem Auseinanderfallen des kurzlebigen „Kabinetts" die Wilhelmstraße verließ, seine Wohnung aber bereits polizeilich besetzt fand, an den Erfolg geglaubt habe. Geradezu dramatisch aber war die Schilderung vom Zusammenbruch des Putsches, die zugleich die beteiligten Personen scharf charakterisierte: Oberst Bauer zitternd und bebend, Kapp auch nicht mehr imponierend, Pabst zusammengebrochen. Nur Lüttwitz anscheinend noch fest, aber einer schroffen Militärdiktatur des Generals widerriet auch Jagow selbst.

*

Verhandlungsbericht.

Auf die Vernehmung der Angeklagten, die den ersten Verhandlungstag ausfüllte, folgte am zweiten die Zeugenvernehmung. Die Angeklagten v. Wangenheim und Schiele machten zwar ebenfalls umfangreiche, wohlvorbereitete Aussagen, ihre Reden brachten aber keine allzu wesentlichen sachlichen Ergänzungen zu den Mitteilungen Jagows.

Wangenheim stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß ihn Kapps politische Ziele überhaupt nichts angingen, die ganze Politik sei ihm überhaupt ekelhaft. Er habe sich nur dem Wunsche Kapps gefügt, daß er das Landwirtschaftsministerium übernehmen solle, denn auf diesem Gebiete sei er Fachmann und hatte eingehende Pläne zu einer Sanierung der deutschen Ernährungswirtschaft. Diese Pläne hat er auch später weiter bearbeitet, und er teilte mit, daß auf Grund dieser Arbeiten in den nächsten Tagen wichtige Vereinbarungen zwischen Landwirtschaft und Gewerkschaften in Berlin über direkte Lieferungen getroffen werden sollen. Im Frühjahr 1920 habe die Regierung nur für wenige Tage Getreidevorräte gehabt und der Zusammenbruch habe bevorgestanden. Er hätte für seine Tätigkeit eher Dank als eine Anklage erwartet. Den Gedanken eines Streiks der Landwirte lehnte er mit den Worten ab: „Wer das Glück hat, in Deutschland ein Stück Boden sein eigen zu nennen, der hat vor seinem Herrgott und dem deutschen Volk die verdammte Pflicht, aus dem Boden herauszuholen, was irgend möglich ist, und es zur Verfügung zu stellen."

Dr. Schiele betonte, der Kapp-Putsch sei kein Hochverrat gewesen; denn er habe die Verfassung schützen und nicht stürzen wollen, da die Nationalversammlung dem Volke das Wahlrecht vorenthalten habe. Die Überzeugung, daß unsere Ernährungswirtschaft der Katastrophe entgegeneile, habe ihn aus seiner schönen ärztlichen Praxis herausgetrieben und veranlaßt, sich mit Entwürfen zu neuen besseren Gesetzen, besonders in bezug auf die Siedlungswirtschaft und andere soziale Fragen zu befassen. Mit Kapp, den er für einen ausgezeichneten Beamten und hervorragenden politischen Kopf halte, habe er sich dabei in vollem Einverständnis befunden, die Ereignisse des 13. März seien ihm jedoch völlig überraschend gekommen. Als er sich auf Kapps Wunsch diesem zur Verfügung stellte, habe er nichts anderes getan, als was viele hohe Beamte am 9. November 1918 ebenfalls getan

Freiherr von Wangenheim — Traugott von Jagow.

hätten. Er habe geglaubt, daß Kapp den damals herrschenden ungesetzmäßigen Zuständen ein Ende machen könnte. Er befürchte jetzt noch den Untergang von Hunderttausenden von Menschen, die durch die Geldentwertung, durch eine Hungersnot, durch die Verhetzung und schließlich durch Gewaltaten verzweifelter Menschen umkommen müssen. Vielleicht würden künftige Geschichtsschreiber der Ansicht sein, daß Kapp die Verfassung damals gerettet hat. Diese politische Rede wurde vom Vorsitzenden unterbrochen, und Schiele belehrte weiter, er habe nur ganz untergeordnete Geschäfte geführt und könne nichts zu den Führern gezählt werden. Als die Sicherheitspolizei eine Diktatur Lüttwitz an Stelle Kapps verlangte, habe er gesehen, daß das Unternehmen gescheitert war.

Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wird Hauptmann Fritz Grabowski vernommen. Er erklärt, daß er Kapp im Jahre 1920 kennen gelernt und mit ihm über wirtschaftliche Dinge oft gesprochen habe, da er daran besonders interessiert war. Die „Nationale Vereinigung" sei zur Gesundung des öffentlichen Lebens begründet worden. Man wollte gegen den Bolschewismus Abwehrmaßnahmen treffen. Von einem Rechtsputsch wurde nicht gesprochen. Pabst war Geschäftsführer, Bauer und Jagow waren nicht dabei. Man wollte in einer halböffentlichen Sitzung die Führer der Wirtschaft laden, um dann einen Aufruf herausgugeben, der Namen von Männern der Politik, Wirtschaft und des Militärs trug. — Vors.: Hatte Kapp Sie in die Reichskanzlei bestellt? — Zeuge: Nein, ich sollte am 10. März verhaftet werden, doch setzte man mir nur eine Wache vor die Tür. Am 14. März kam ein Soldat und sagte mir: Auf dem Pariserplatz kanzertieren Truppen und Kapp ist in der Reichskanzlei. Da ging ich zu Kapp. Übrigens äußerte ich zu Fräulein Kapp, daß ich glaubte, ihr Vater werde keine 48 Stunden in der Reichskanzlei sein. Am Sonntag rief mich Kapitän Ehrhardt an und fragte nach meiner Meinung über die Lage. Ich sagte ihm, daß offenbar

keiner der Herren wisse, was er wolle

und niemand arbeite. Ehrhardt stimmte mir zu. Oberst Bauer beklagte sich darüber, daß alle Leute in der Reichskanzlei nur Stellenjäger seien. — Oberreichsanwalt Ebermeyer: Hatten Sie gemeinsame Interessen mit Dr. Schnitzler? — Zeuge: Nach der Auflösung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps bat ich Schnitzler, der ungewöhnlich klug ist, in der „Nationalen Vereinigung" an der Propaganda mitzuwirken. Die anderen Herren der „Nationalen Vereinigung", meist jüngere Offiziere, hatten sehr unklare politische Ansichten. — Nun wendet sich die Vernehmung des Zeugen den

Vorgängen bei den Truppenauflösungen

zu, die in der Vorgeschichte des Putsches eine wichtige Rolle spielen. — Oberreichsanwalt: Hat sich die Garde-Kavallerie-Schützen-Division friedlich auflösen lassen? — Zeuge: Die Unteroffiziere waren über die Undankbarkeit der Regierung sehr empört und gingen zu Noske. Noske war sehr entrüstet und bedrohte die Leute mit dem Revolver. Dann aber trennte man sich mit einem Händedruck, da Noske erklärte, für die Auflösung sei General Lüttwitz verantwortlich. Ehrhardt hielt die Truppenauflösung für einen schweren Fehler und sprach mit Lüttwitz. Lüttwitz ging zu Ebert, der Lüttwitz absetzte. So mußte Ehrhardt glauben, daß die Regierung nichts für die Truppen übrig hatte und marschierte nach Berlin, um auf die Regierung zu drücken. Noske war ja an Militärdemonstrationen gewöhnt, er hatte selbst mit dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps einen solchen Demonstrationszug mitgemacht. Als aber nun die Regierung vor Ehrhardt floh, entstand ein leerer Raum. Und nun mußten Lüttwitz und Ehrhardt etwas tun. Ehrhardt ist am Brandenburger Tor halten geblieben. Hätte die Regierung einen Unterhändler geschickt, dann wäre alles gut gewesen. Noske erklärte in Weimar, er sei gegen die Auflösung gewesen und wolle zurücktreten. Als dann aber die Marinebrigade aufgelöst werden sollte, zeigte es sich, daß die Regierung nicht für die Truppen sorgen wollte, und so entstand die Erregung. — Dann wurde ein Entwurf Schnitzlers verlesen, der im Falle eines Militärputsches

den Ententekommissionen überreicht

werden sollte. Er betont, daß lediglich militärische Ziele, sondern nur die Aufrechterhaltung der Ordnung, Freiheit im Innern und die loyale Durchführung des Versailler Friedensvertrages nach außen erstrebt würden. Ludendorff wolle dabei Zurückhaltung bewahren.

Dann wird der Zeuge Dr. Frohne (Magdeburg) vernommen. Dieser schrieb am 25. Februar an Oberst Bauer, daß man nicht einen Regierungssturz planen solle, sondern eine militärische Demonstration für Neuwahlen veranstalten und die Auslieferung der Kriegsverbrecher verweigern solle. Es fehle aber ein militärischer Führer, da Lüttwitz abgelehnt habe und Kapp nicht der richtige Mann sei. Man solle sich an die rechtsstehenden Zentrumsführer wegen der Demonstration wenden.

Schnitzlers beschlagnahmtes Tagebuch

wird dann verlesen. Darin ist von Besprechungen mit Ludendorff, Bauer und Pabst im Juni 1919 die Rede. „General Oven ist jetzt auch stramm", heißt es in dem Tagebuch, und an anderer Stelle: „Bei Schiele, Sache über die Diktatur der Mitte ausgearbeitet." Weiter befinden sich im Tagebuch Aufzeichnungen über die ersten Maßnahmen im Falle eines Putsches. Ferner wurden einige bei Schnitzler vorgefundene Gesetzentwürfe vorgelesen, darunter der Entwurf einer Reichsverfassung und einer Notpreßverordnung.

Aus den verlesenen Schriftstücken ist ferner hervorzuheben eine Proklamation Kapps und ein Regierungsprogramm, worin von der Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle in militärischen Fragen und von der Verhaftung der Regierungsmitglieder die Rede ist, ferner von der Vorzensur der bürgerlichen und von Verbot der sozialdemokratischen Presse, und der Vorbereitung der Aktion in der bürgerlichen Presse, schließlich von der Bekämpfung der „sogenannten Errungenschaften der Revolution". — Jagow, Wangenheim und Schiele bezeichnen dieses Programm als eine ihnen gänzlich unbekannte Privatarbeit Schnitzlers. Auch von den Schreiben Kapps an die Bundesregierungen und anderen Schriftstücken erklären sie, keine Kenntnis gehabt zu haben. Weiterhin beschäftigt man sich mit den Verfügungen zum Schutz der Mitglieder der Technischen Nothilfe, der Aufhebung der Examina in der Universität, um den Studenten Gelegenheit zu geben, in die Einwohnerwehren einzutreten, dem Erlaß für die Sipo und einem mit „v. Jagow" unterzeichneten Erlaß, nach dem alle Mitglieder der Sipo, die im Dienst der Kapp-Regierung verwundet wurden, 1000 bis 2000 Mark Prämie und besondere Zuwendungen erhalten sollten. Dazu erklärt v. Jagow, er bestreite nicht, daß er möglicherweise die Erlasse unter dem Wust anderer Schriftstücke unterzeichnet habe. Besonderes Interesse erregte die Verlesung einzelner Stellen aus Schnitzlers Tagebuch, in dem sich u. a. ein Vermerk befindet, daß Herr v. Wangenheim sich im Grunewald aufhalte und in 10 Tagen

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Der Reichsrat genehmigte die am 1. Januar in Kraft tretenden stark erhöhten Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

* Der im Rheinland verhaftete Hochverräter Smeets ist auf Verlangen der Interalliierten Rheinlandskommission aus der Haft entlassen worden.

* Zwischen Deutschland und Portugal wurde ein Handelsabkommen auf Grundlage des Meistbegünstigungsrechts abgeschlossen.

* Infolge der durch Witterungsverhältnisse notwendig gewordenen Einschränkung des Wagenumlaufs droht eine starke weitere Einschränkung der deutschen Kohlenversorgung.

* Der französische Aufbauminister hat sich nach London begeben, um über die deutschen Reparationsleistungen zu verhandeln.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

13] (Nachdruck verboten.)

Indessen war es Tischzeit geworden, ohne daß von Hildegard irgend eine Nachricht gekommen wäre. Er war froh, als die Table d'hote vorüber war, das Schwatzen um ihn her, das Geräusch der Geschirre, das Hin- und Herlaufen der Kellner hatten seine Nervosität bis zum äußersten gesteigert, und so hatte er sich mit seinem Kaffee in die äußerste Ecke des Hotelgartens geflüchtet und blickte gedankenverloren die schmale Straße hinunter. Alles kam ihm heute so namenlos albern und nichtssagend vor, das ganze Leben erschien ihm wie eine recht abgeschmackte Komödie.

Die unvermeidlichen Engländerinnen in dem Hotel, die mit riesigem Haarzopf und weißen Schuhen über den großen Füßen zum Tennisplatz hasteten, die alte Exzellenz, die mit der Wichtigkeit einer regierenden Landesmutter ihre 240 Pfund auf der Veranda sonnte, die alte Amtsrätin, die mit wahrer Todesverachtung versuchte, ihre beiden angejahrten Töchter an den Mann zu bringen, alle kamen ihm vor wie minderwertige Mimen, die ein herzlich uninteressantes Stück herunterspielen.

Plötzlich sah er auf der Straße eine lichte Gestalt auftauchen, die langsam an den Gärten der Villen vorüber, gerade auf Hotel Heidelberg zugeschritten kam. Er traute seinen Augen nicht — aber eine Täuschung war ausgeschlossen, es war Hildegard. Am liebsten wäre er aufgesprungen und ihr entgegengeeilt, aber er hielt es für besser, erst zu beobachten, ob sie ihm irgend ein Zeichen geben würde.

Im Hotel konnten Bekannte von ihr wohnen und wie leicht konnte die leiseste Unvorsichtigkeit mehr schaden als nützen.

Bis auf etwa zwanzig Schritte kam Hildegard in die Nähe des Gartens, streifte mit einem flüchtigen, scheinbar ganz zufälligen Blick den Platz, wo Herbert saß und wandte sich dann um, wie jemand, der planlos einen Spaziergang gemacht hat und nun denselben Weg in aller Gemächlichkeit zurückgehen will. Als die schlanke Gestalt an der Biegung des Weges, wo man sie vom Hotel aus nicht mehr sehen konnte, einen Augenblick stehen blieb und in einen der Vorgärten hineinschaute, erhob sich Herbert langsam und ging in bedächtigem Promenadenschritt hinter ihr her. Als sie bemerkt hatte, daß er ihr folgte, ging sie weiter und bog endlich in die Anlagen ein, die nach dem Wege zum Bahnhof führten.

Unentwegt folgte Herbert, bis er endlich vor ihr stand.

Herzlich reichten sie sich die Hände.

„Du kommst selbst?!" rief er aus und sein ganzes Gesicht strahlte im Widerschein der Freude und Überraschung.

„Ja, mein armer Freund, ich komme selbst, denn das Geschick scheint es zu wollen, daß wir über alles miteinander sprechen. Mein Mann ist verreist, nach Berlin auf zwei Tage, und ich kann hier, wo niemand mich kennt, ungestört mit dir reden."

„Ich danke dir, Hilda, danke dir tausendmal, denn heute muß es klar werden zwischen uns; diese Qual der Ungewißheit könnte ich nicht mehr ertragen. Es war eine furchtbare Nacht, die ich hinter mir habe!"

„Das glaube ich dir gern. Auch ich habe seit gestern mehr denken müssen, als in den letzten Jahren zusammengenommen, und doch bin ich zu keinem Schluß gekommen."

„Genau so wie ich. Deshalb müssen wir es einmal gemeinsam versuchen. Aber wohin gehen wir? Ich bin hier gänzlich unbekannt."

„Ich denke, das beste wird sein, ich lasse den Wagen, der mich hergebracht hat, allein auf der Chaussee nach Haule zurückfahren und wir gehen die paar Stunden über die Dörfer und durch den Wald. Dann bin ich noch vor Einbruch der Dunkelheit wieder daheim und wir haben genügend Zeit, uns ohne Zeugen auszusprechen. Ich gehe voran nach dem Marktplatz, wo der Wagen ausgespannt hat und mich erwartet, und schicke ihn fort. — Du brauchst nur zu folgen.

Sie reichte ihm die Hand. Ihre Finger waren kalt, er fühlte es durch den seidenen Handschuh hindurch, und in ihren Augen lag ein so unendliches Weh, daß es auch ihm das Herz zusammenschnürte.

Eine halbe Stunde später schritten sie nebeneinander durch den schweigenden Wald.

Es war ein heißer, sonnendurchglühter Tag, aber im Walde spürte man nichts davon. Wie im Inneren einer großen Kathedrale war es kühl und still unter den rauschenden Baumriesen, durch deren dichtbelaubte Kronen nur ab und zu ein Stückchen blauer Himmel schaute. Smaragdgrüne Lichter fielen von oben über den sammetweichen Waldboden. Ringsumher atmete es würzigen Erdgeruch und Tannenduft.

Von Zeit zu Zeit rauschte es durch die Kronen der Fichten und Buchen wie ein schweres schwüles Aufatmen der Natur.

Und dazwischenhin schritten die zwei jungen warmblütigen Menschenkinder, die sich lieb hatten, so unsagbar lieb mit allen seinen Fasern ihrer Herzen, und die sich doch verloren hatten fürs ganze Leben, verloren ohne Schuld, weil das Schicksal sie auseinandergerissen hatte mit brutaler Hand, ohne daß sie eine Ahnung hatten — warum?

Lange Zeit war jeder von ihnen mit seinen Gedanken beschäftigt. Wortlos schritten sie nebeneinander her.

Plötzlich strauchelte Hildegard über eine Baumwurzel, die quer über den Weg gewachsen war, und beinahe wäre sie gefallen, wenn Herbert sie nicht gehalten hätte. Mit festem Griff faßte er ihre Hand und hielt die Wankende aufrecht.

Dann blieb ihre Hand in der seinen, und so schritten sie weiter.

Endlich fand Herbert den Mut, das drückende Schweigen zu brechen, indem er stehenblieb und fragte: „Was soll denn nun eigentlich werden aus dem allen?"

Es klang wie ein verzweifelter Aufschrei, mit dem seine ganze gepreßte Seele sich Luft machte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219211214-16/fragment/page=0002

große Kämpfe bevorstanden.

Bei der weiteren Verlesung von Schriftstücken fällt eine Briefstelle auf, in der es heißt: Ludendorff und Hindenburg dürfen nicht bekannt werden, selbst auf die Gefahr einer kleinen Geschichtsfälschung hin. Der Gegenstoß gegen die Entente dürfte erst nach Besetzung des Ruhrreviers durch die Franzosen erfolgen. Der Regierung werde die Bildung der freiwilligen Reichswehr nicht gelingen. Der Waffendienst werde wieder Adelsdienst. Der Mann sei wieder Untergebener. — Dr. Schiele meint dazu, dieser Brief sei wohl kaum ein Beweisstück für Hochverrat. — An anderer Stelle im Tagebuch wird gesagt: Eine Koalition mit sozialdemokratischen Führern würde eine Katastrophe bringen. Eine große Waffentat wäre dann unmöglich. Ein Diktator der Mitte bereitet dem Bolschewismus den Boden vor.

Bei der weiteren Verlesung aus Schnitzlers Tagebuch erklärte Rechtsanwalt Böttger: „Ich bestreite die Echtheit der Aufzeichnungen." — Aus diesen Notizen selbst sei noch folgendes vermerkt: „Generalstab sofortige Entziehung der Lebensmittelkarte. Verhaftung von Agitatoren. Polizeistunde für Jugendliche und Frauen. Personen, die in Versammlungen revolutionäre Tendenzen (Arbeiterschaft) predigen, sind zu verhaften. Änderung des von Helfferich verpfuschten Hilfsdienstgesetzes; Waffenverbot. Am Tage vorher Heranziehung treuer Truppen. Festnahme Eberts, Sperrung des Telephonverkehrs. Mobilmachung der Einwohnerwehren." In einer anderen Notiz heißt es: „Nicht Monarchie, sondern konstitutionelle Republik. Beseitigung der Arbeiterräte. Keine sozialdemokratischen Minister. Ausnahme Noske? Friede nach außen. Arbeitsbestimmungen durch Notstandsarbeiten." — Es wird hierauf

ein Brief Kapps an den Grafen Westarp

verlesen, in dem Kapp mit großer Ausführlichkeit begründet, weshalb er sich dem Reichsgericht nicht zur Verhandlung stellen wolle. — Oberreichsanwalt Ebermeyer stellt der Verteidigung anheim, den Grafen Westarp zu laden und zu hören, ob Kapp diesen Brief an den Grafen wirklich in der vorliegenden Fassung geschrieben hat. — Rechtsanwalt Böttger beantragt, den Grafen Brockdorff-Rantzau zu laden zum Beweis dafür, daß Kapp und Lüttwitz niemals Beziehungen zu Ententekreisen unterhalten haben. Durch die sehr unklaren und zum Teil unrichtigen Notizen Schnitzlers könnte in der Öffentlichkeit etwa doch der Verdacht entstehen, daß die Kappführer und auch die Teilnehmer und somit die Angeklagten Verbindungen mit der Entente unterhalten haben. — Ebermeyer: Ich habe nicht behauptet, daß Herr v. Wangenheim Beziehungen zur Entente unterhalten hat. Graf Brockdorff-Rantzau hat sich in der Angelegenheit doch geäußert und dem Gericht einen sehr vertraulichen Brief geschrieben, der nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit verlesen werden kann.

Hierauf wird ein Brief von Kapp an einen unbekannten Adressaten vom 22. September 1920 verlesen, in dem es u. a. heißt: „Ein tiefer Schmerz erfaßt mich ob der Feigheit des Bürgertums und auch rechtsstehender Kreise, die mich jetzt verleugnen. Obwohl es mir ganz gleichgültig ist, soweit es meine Person angeht, so schmerzt es mich doch, wenn ich daran denke, daß Oldenhausen und der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei im März doppeltes Spiel getrieben haben. Wenn ich daran denke, daß die gesamte Generalität den von der Ebert-Regierung ihr aufgezwungenen Eid für bindender hält, als den Seiner Majestät geleisteten Eid, wenn man das zusammenfaßt, so darf man wohl sagen, die Zeit war nicht reif."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Stand der Entwaffnung am 1. Oktober.

Der Reichstreuhandgesellschaft sind bis zum 1. Oktober d. Js. an Kriegsgerät zur Zerstörung übergeben worden: Gewehre und Karabiner 5 865 000, Maschinengewehre 102 867, Minenwerfer und Rohre von solchen 28 340, Geschütze und Rohre von solchen 53 900, Lafetten 27 640, scharfe Artilleriegeschosse und Minen 37 400 000, scharfe Hand-, Gewehr- und Wurfgranaten 15 100 000, scharfe Zünder 58 000 000, Handwaffenmunition 440 000 000. Außerdem sind 14 009 Flugzeuge und 27 695 Flugzeugmotoren den Gegnern ausgeliefert worden.

Um das Bierfache erhöhte Biersteuer.

Die Verhandlungen über die Biersteuer im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern endeten mit dem Beschluß, der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Erhöhung der Biersteuer auf das Bierfache der bisherigen Steuer beizutreten. Ein Antrag wurde angenommen, der in das Gesetz einen Paragraphen einfügt, wonach Abgaben von Bier für Rechnung von Gemeinden nicht mehr erhoben werden dürfen. Das Reich hat 10 Prozent seiner Einnahmen aus der Biersteuer an die Gemeinden abzuführen.

161,5 Milliarden Fehlbetrag im Reichsetat.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Übersicht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahre 1921 übersandt. Der Gesamtabschluß ergibt einen ungedeckten Betrag von 161 541 Millionen Mark. Davon entfallen 95,5 Milliarden auf den Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts, 14,4 Milliarden auf die Fehlbeträge in den ordentlichen Etats der Reichspost und der Reichseisenbahn, 26,2 Milliarden auf die ungedeckten Anleiheausgaben dieser beiden Betriebsverwaltungen und 25,5 Milliarden auf ungedeckte Anleiheausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

Die Forderungen der höheren Beamten.

Bei Besprechungen mit dem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates stellte der Reichsbund höherer Beamten die Forderung auf, daß die Gesamtbezüge aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Vorkriegseinkommens entsprechen. Die Spannungen zwischen den Gehältern für obere und untere Beamte sollen erhalten bleiben. Der Teuerungszuschlag ist vierteljährlich entsprechend der Teuerung des vorhergehenden Vierteljahres auf einen für alle Besoldungsgruppen gleich hohen Hundertsatz festzustellen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerungslage hat die Reichsregierung beschlossen, mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungssätze zu gewähren. Diese Höchstsätze betragen in Ortsklasse A: Für männliche Personen über 21 Jahren, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben, 15 Mark, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 12,50 Mark, unter 21 Jahren 8,50 Mark. Die neuen Unterstützungssätze gelten ebenso wie bisher als Höchstsätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls den Aufsichtsbehörden dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungssätze festzusetzen, die nicht das höchst zulässige Maß erreichen.

Der Lokaltermin in Kleppelsdorf.

Zeugenverhör am Tatort.

Hirschberg, im Dezember.

Das sog. „Schloß" Kleppelsdorf, in dem am 7. Dez. die weitere Verhandlung im Mordprozeß Grupen stattfand, ist ein einfacher anderthalbstöckiger Bau, der seinen stolzen Namen nicht verdient. Als die Richter, die Geschworenen, der Angeklagte, die Zeugen, die Sachverständigen und die Pressevertreter hier eintrafen, um an dem anberaumten Lokaltermin teilzunehmen, wurden sie von einer Schar Dorfbewohner erwartet. Dem Angeklagten wurde das Wort „Mörder" nachgerufen, und diese Kundgebung der Kleppelsdorfer wiederholte sich später auch bei der Abfahrt der Prozeßbeteiligten.

Der Lokaltermin begann mit der eingehenden Besichtigung des Schauplatzes der Tat. Das „Mordzimmer", das bisher verschlossen und versiegelt war, hatte man in genau demselben Zustande belassen, in dem es sich am Tage der noch unaufgeklärten Erschießung der Dorothea Rohrbeck und der Ursula Schade befunden hatte. Zuerst wurde im oberen Stockwerk des Hauses die Familienszene, die sich hier in der Stunde der Tat abgespielt hat, möglichst getreu rekonstruiert. Die Personen, die sich damals in den Zimmern befunden hatten, mußten sich genau so aufstellen, niederlegen, bewegen wie am 14. Februar, und es wurden zum Teil auch die Gespräche wiederholt, die damals geführt worden waren. Es sollte vor allem festgestellt werden, ob Grupen Zeit gehabt haben konnte, seinen Platz im ersten Stock zu verlassen und in das Mordzimmer hinunterzugehen, ohne daß seine Abwesenheit besonders aufgefallen wäre. Da man den Weg vom ersten Stock zum Mordzimmer und zurück in knapp einer Minute zurücklegen kann, wäre es immerhin möglich gewesen, daß niemand eine kurze Abwesenheit bemerkt hätte. Es wurden dann Schießversuche gemacht, da festgestellt werden sollte, aus welcher Richtung die tödlichen Kugeln gekommen sein mochten, und ob die kleine Ursula Schade imstande gewesen sein dürfte, mit Grupens Browning nach Belieben zu hantieren. Einer der darauf vernommenen Zeugen, der Postverwalter Grimmig, erklärte, daß selbst er als Jäger mit der Waffe nicht sofort Bescheid wußte, da es sich um eine besondere Konstruktion handele. Grupen griff in alle diese Verhandlungen lebhaft ein und trat mit großer Sicherheit auf.

Unter den Zeugen, die am Tatorte gehört wurden, befanden sich die beiden Dienstmädchen, die die Leichen zuerst gesehen hatten, und der Arzt Sanitätsrat Dr. Scholz, der etwa acht Minuten nach der Tat im Schlosse eingetroffen war. Übereinstimmend sagen mehrere Zeugen aus, daß Grupen, nachdem man bei Ursula Schade die Waffe gefunden hatte, ausgerufen habe: „Die Waffe gehört mir. Ich bin an allem schuld." Die Zeugin Zahn erklärte, daß der Angeklagte nach der Tat sehr aufgeregt gewesen sei und geweint habe. Es sei ihr nur aufgefallen, daß er sich offenbar scheute, die Leiche der Dörthe anzufassen und aufs Bett zu legen. Besonders wirkte auf mehrere Zeugen auch das Verhalten der Frau Eckert. Sie sei beim Anblick ihrer beiden erschossenen Enkelkinder sehr ruhig gewesen und habe sich nur um ihren Schwiegersohn Grupen gekümmert: sie habe ihn am Ärmel gestreichelt und ihn, als er sich erregt gebärdete, mit sanften Worten zu beruhigen gesucht.

Mit diesen Aussagen war der Lokaltermin beendigt, und die Prozeßbeteiligten fuhren nach Hirschberg zurück.

Für heut und morgen.

Befreiungsanträge für die Reichsversicherung. Der Reichstag hat am 19. November einen Gesetzesantrag angenommen, wonach den Personen, die infolge der Ausdehnung der Angestelltenversicherungspflicht bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mark versicherungspflichtig sind, die Möglichkeit einer Befreiung von der Beitragsleistung gewährt wird, wenn bis zum 10. Juni 1921 eine Privatversicherung mit ausreichender Prämienhöhe beantragt ist oder eine bis zum 10. Juni 1921 beantragte Privatversicherung durch einen bis zum 31. Dezember 1921 zu stellenden Nachversicherungsantrag ergänzt wird. Der Befreiungsantrag ist bis zum 31. Januar 1922 nur bei den Ausgabestellen der Angestelltenversicherung auf dem dort kostenfrei zur Verfügung stehenden Vordruck zu stellen. Früher an die Reichsversicherungsanstalt eingesandte Anträge sind bei den Ausgabestellen zu wiederholen. Unmittelbar an die Reichsversicherungsanstalt gerichtete Anträge müssen an die Einsender zurückgegeben werden.

Handel und Verkehr.

Noch kein erhöhtes Porto. Die Meldungen über eine bevorstehende Erhöhung der Postgebühren haben in der Bevölkerung einen Irrtum hervorgerufen. Da am 1. Dezember die Gebühren für Personen-, Fracht- und Gepäckbeförderung bei der Eisenbahn erhöht wurden, sind viele Leute im Glauben, daß auch die Postgebühren bereits höher seien, und frankieren Briefe und Karten dementsprechend. Die Post macht auf diesen Irrtum aufmerksam und verweist darauf, daß noch die alten Sätze gelten.

Von Nah und fern.

Der Reichskanzler an das amerikanische Hilfswerk. Der Reichskanzler hat an den Zentralausschuß des amerikanischen Hilfswerkes für die Linderung der Not in Deutschland und Österreich zu der in Cincinnati eröffneten dritten Jahresversammlung ein Begrüßungstelegramm durch Funkspruch gerichtet.

Neue Markmarken. Neue Briefmarken zu 2, 3 und 4 Mark hat die Reichsdruckerei hergestellt. Die Postanstalten sollen die zu 3 Mark in kurzem erhalten, die zu 2 und 4 Mark, wenn die älteren Bestände der Reichsdruckerei an Germaniamarken aufgebraucht sind. Die Postämter geben die neuen Werte erst aus, wenn sie ihre alten Bestände ausverkauft haben. Die Markensammler und Händler können aber schon vorher die neuen Sorten von der Markenverkaufsstelle des Briefpostamtes in Berlin beziehen.

Die preußische Regierung und die Opfer von Saarwellingen. Aus Anlaß des Explosionsunglücks in Saarwellingen hat der preußische Ministerpräsident Braun dem Bürgermeister in Saarwellingen die Teilnahme der preußischen Regierung ausgedrückt. Zur Linderung der dringlichsten Notlage der betroffenen Familien ist vom Staatsministerium vorläufig ein Betrag von 300 000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Die Sammlungen für Oppau. Der bayerische Staatskommissar Ministerialrat Dr. Spitzel hat den Wohlfahrtsausschuß und den Pressesaal für Oppau zu einer Sitzung geladen, um über die bisherigen Hilfsmaßnahmen zu berichten. Danach wurden an Unterstützungen ausgezahlt 1 457 447 Mark. 30 Millionen sind erforderlich zur Deckung der Personalschäden während der nächsten 25 Jahre. Die Geldsammlungen haben bis zum 3. Dezember insgesamt 68 116 498 Mark erbracht, davon in Ludwigshafen rund 36½ Millionen. Das bayerische Rote Kreuz stiftete wieder 75 000 Mark.

Volkswirtschaft.

Herabsetzung der Margarinepreise. Der Margarineverband E. V. veröffentlicht einen Beschluß der Margarineindustrie, wonach die Erzeugerpreise des Margarineverbandes mit sofortiger Wirkung um 5 Mark für das Pfund ermäßigt werden. Die Margarineindustrie war bei der Valutaverschlechterung mit ihren Preisen stark herausgegangen und zieht jetzt die Folgerungen aus der Markverbesserung.

(BUSSE u. ARNDT'S VERLAG G.m.b.H., BERLIN.)

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

14] (Nachdruck verboten.)

Hildegard zuckte die Achseln und schwieg.

Ihn anzusehen wagte sie nicht.

„So kann es doch nicht bleiben zwischen uns!" fuhr Herbert fort. „Es ist doch nicht auszudenken, daß wir da nebeneinander hergehen, wie zwei wildfremde Menschen, die nichts miteinander gemein haben, und doch hat keiner von uns etwas getan, um den anderen zu kränken, um all das zu rechtfertigen, was uns jetzt voneinander scheidet".

„Aber geschehen ist es nun einmal, Herbert, erwiderte die junge Frau, „die große trennende Kluft hat sich aufgetan zwischen dir und mir und keine Brücke führt aufeinander. Wollte ich dir irgend etwas anderes sagen, so würde ich ein Unrecht begehen an dem Manne, dessen Weib ich bin, der mir blind vertraut und der mir nur Zartheit und grenzenlose Liebe bewiesen."

„Du liebst deinen Gatten?!" fragte Herbert und sein Gesicht wurde blaß, seine Blicke hingen in angstvoller Erwartung an Hildegards Lippen.

„Darüber, Herbert, bin ich niemandem Rechenschaft schuldig, als mir allein," klang es resigniert zurück, „vergiß nicht, daß ich mich verraten und verlassen fühlte, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, daß ich einsam und schutzlos stand, und daß mein Gatte es war, der mir eine Heimat und eine aufopfernde Zuneigung bot. Nicht darum bin ich gekommen, um mich und dich zu quälen und mit der grausamen Zergliederung unseres verlorenen Glücks — nein, mit dir suchen will ich, denjenigen ausfindig zu machen, der mich und dich um dieses Glück betrogen hat."

„So leicht gibst du mich auf? So gleichmütig siehst du einen abschließenden Strich unter der Vergangenheit?"

„Gleichmütig?" rief Hildegard, die allmählich ihre künstlerisch zur Schau getragene Ruhe zu verlieren begann, „gleichmütig nennst du es, wenn ich nicht in ohnmächtigem Groll gegen das Schicksal ungerecht werde, gegen andere, und unwahr gegen mich selbst? Wenn ich nicht leidenschaftlich mich auflehne gegen Dinge und Verhältnisse, die nun einmal unabänderlich sind? Wenn ich im Gram um dich gestorben wäre, so könnte ich dir nicht unerreichbarer sein, als ich es bin durch den Eid der Treue, den ich jenem anderen am Altar geschworen. Aber gleichmütig breche ich mit der Vergangenheit nicht. Nur auf eine Zukunft zu hoffen, habe ich kein Recht mehr. Was Menschen leiden können, habe ich gelitten, das kannst du mir glauben, und wenn ich nach all den furchtbaren Erlebnissen meine seelische Ruhe wiederfand, so danke ich es allein dem Manne, dessen Namen ich trage. Ob ich für ihn das empfinde, was ich für dich empfunden, Herbert, ob ich ihn liebe, oder ob mein Herz der begrabenen Glückseligkeit gehört, das muß mein Geheimnis bleiben, und niemand darf mich danach fragen, niemand!"

„Auch ich nicht?"

„Auch du nicht, Herbert! Du am wenigsten. Aber wenn es dir ein Trost sein kann, so laß mich dir eines sagen. Daß wir uns wiedergesehen haben, daß du gestern mir den Glauben wiedergegeben hast an dich, und daß ich nun weiß, daß ich ohne deine Schuld all das Unsägliche gelitten habe, das macht mich so unsagbar glücklich, wischt so viel Trübes fort aus meiner Seele, daß ich dies gar nicht mit Worten sagen kann!"

„Du liebst mich also noch?"

„Frage mich nicht, Herbert, ich bitte dich!"

„Hildegard! Du liebst mich noch! Sage mir nur das eine und ich will dankbar fürs ganze Leben von dir scheiden," drängte Herbert, während er fühlte, wie ihre Hand leise zitterte.

„Nun denn — ja, ich liebe dich noch! Würdest du mir's glauben, wenn ich es leugnete? — Aber warum zwingst du mich, auszusprechen, was zwischen uns beiden nun einmal nie mehr berührt werden darf. Laß mich nicht meineidig werden, bringe mich nicht in Zwiespalt mit dem, was ich als eine Pflicht übernommen, gönne mir den schwererkämpften Frieden mit mir selbst. Es ist das einzig Wertvolle, was ich besitze, laß mich Achtung behalten vor mir selbst!"

„Ich danke dir, Hilde!" entgegnete der junge Mann und küßte ihre Hand. „Ich danke dir tausendmal für diesen Trost, den du mir mitgibst in mein verfehltes Leben."

„Und nun, bitte, Herbert, laß uns von anderem reden, von dem, weswegen ich eigentlich gekommen bin!"

„Ja, du hast recht! Laß uns gemeinsam versuchen, das Dunkel zu lichten, in das eine heillose Hinterlist sich so raffiniert eingehüllt hat. Aber Schritt für Schritt müssen wir vorgehen, nach jedem Gliede der Kette müssen wir sorgsam suchen, damit wir das Ganze zusammenbringen! Du sagtest mir gestern, meine Briefe an dich wären plötzlich ausgeblieben!"

„Ja, Herbert — so oft ich an's Postamt gegangen bin, so oft ich fragte, immer erhielt ich von dem Schalterbeamten die eine Antwort: Es ist nichts da. Und dabei sah ich immer dasselbe Gesicht mit den kalten gleichgültigen Augen, die mich anblickten, als wollten sie sagen: Was fragst du denn immer? Was kommst du denn immer wieder? Es ist ja doch nichts da!"

Herbert blieb kopfschüttelnd stehen. Er faßte es nicht. Schon hier fing etwas an, das ihm unbegreiflich war.

„Und du selbst schriebst unterdessen an mich?" fragte er.

„Selbstverständlich. Ich schrieb an deine volle Adresse Hotel de l'Europe, Mailand. Ich glaubte dich krank, malte mir die schrecklichsten Dinge aus, die dir zugestoßen sein mußten, ich sah dich im Fieber liegen, einsam, verlassen von aller Welt. Ich litt alle Qualen folternder Angst, bis endlich deine Vermählungsanzeige kam, die all meinen Zweifeln ein grausames Ende machte!"

„Meine Vermählungsanzeige? — Das ist ja gar nicht möglich, das klingt ja buchstäblich wie die Erfindung eines Wahnsinnigen! Wenn nicht du mir das sagtest —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219211214-16/fragment/page=0003

— **Der Hilfsverein für Blinde** in der Provinz Sachsen versendet jetzt einen umfangreichen Bericht über seine Tätigkeit im Rechnungsjahre 1920. Es ist daraus zu ersehen, daß reicher Segen aus den Spenden geflossen ist, die dem Verein zugewendet sind. Es konnten 91 Gesellen und Pfleglinge im Berichtsjahre lohnende Beschäftigung und Unterhalt in den beiden Gesellenheimen in Barby und Halle a. S. finden, denen 50590,48 Mk. Löhne ausbezahlt wurden. Der Verein hat 34841,02 Mk. Unterstützungen zahlen können, und dazu tritt noch der Verkauf der beiden Anstalten an Material für Entlassene im Betrag von 180100,25 M. im Auftrage des Vereins und ferner nochmals 2767,00 Mk. anstaltsseitige Unterstützungen. Wie eifrig in den Werkstätten des Vereins geschafft wird, zeigt, daß der Verkauf der Waren in Barby 190044,32 Mk. und im Gesellenheim in Halle 201666,75 Mk., also insgesamt 391711,07 Mk. betrug (242182,72 Mk. im Jahre 1919), das Material- und Warenlager noch einen Wert von 137789,71 Mk. aufwies. Die drei Heime konnten trotz der Teuerung unterhalten werden. Es konnte die an Entlassene bisher gewährten zinslosen Darlehen auf rund 36000 Mk. erhöht und so die blinden Gewerbetreibenden in ihrem Vorwärtsstreben tatkräftig unterstützt werden. Die Unterhaltungskosten für solche Entlassene, die die in der Kindheit und Jugend liebgewonnenen Stätten, die Anstalten und Heime, besuchen, um einige Zeit sich Ruhe zu gönnen und alte, liebe Erinnerungen wieder aufzufrischen, konnten gedeckt, einigen Werkzeug beschafft, Kosten für Klinik- und andere Krankenbehandlung bezahlt werden. Kurz, es konnte, gerade in dieser Zeit besonders nötig, mit den guten Einnahmen viel Segen gespendet, viel Freude geschaffen, es konnten viele Tränen getrocknet werden. Wahrlich eine schöne Arbeit, die in dieser ernsten schweren Zeit von dem Verein geleistet worden ist. Von den Zukunftsarbeiten möchten wir besonders hervorheben: Die Schaffung eines Feierabendhauses für alte Blinde, das gleichzeitig als Altersheim für solche Kriegsblinde, die einmal alt und einsam dastehen und nicht mehr arbeiten können, dienen soll. In der nächsten Zeit werden nun die Mitglieds-Beitrags-Sammellisten des Hilfsvereins für Blinde herumgehen. Wir möchten aus wärmstem Herzen empfehlen, recht reichliche Beiträge für dieses von dem Verein unterhaltene und beabsichtigte edle Werk der Nächstenliebe zu zeichnen und zu geben, und so nicht nur die Arbeit an den Blinden in unserer Provinz, sondern vor allen Dingen auch an den unserer Heimatprovinz angehörigen Kriegsblinden fördern zu helfen.

— **Neue Poststempel und Siegel.** Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist jetzt am Werke, sich neue Siegel und Stempel zuzulegen. Die Postämter führen künftig alle ein Siegel mit dem Posthorn. Die Dienststellen, die mit der Telegraphie und dem Fernsprechwesen zu tun haben, sollen ein sinngemäß entworfenes Siegel erhaltenes. Die Dienststellen des Reichspostministeriums und der Oberpostdirektionen werden den neuen Reichsadler führen.

— **Guthaben der ehemaligen Kriegsgefangenen.** Nach einer Rundverfügung der Reichszentralstelle in Berlin werden die Guthabenangelegenheiten nicht mehr von den Kriegsgefangenenstellen, sondern von der Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen in Berlin SW. 68, Schützenstraße 3, bearbeitet. Alle Guthabenlisten und Anfragen der Heimkehrer sind daher an diese Stelle zu richten, jedoch sind unnötige Anfragen zu vermeiden, da hierdurch die Auszahlung der Gelder usw., mit der jetzt noch nicht gerechnet werden kann, nur verzögert wird. Nach Abschluß der Verhandlungen mit den Feindbundmächten erhält jeder Heimkehrer ohne vorherigen Antrag Bescheid.

Hilfe für kinderreiche Familien.

Die bekannte Schriftstellerin Emma Stropp schreibt zu diesem bevölkerungspolitisch außerordentlich wichtigen Thema u. a.: Es ist bekannt, daß den Kinderreichen gewisse Steuerermäßigungen zugebilligt sind, daß in zahlreichen, wohl den meisten, Arbeitstarifen Kinderzulagen vorgesehen wurden, die als „ausweichende Fürsorge" angesprochen werden können. Genügen diese Maßnahmen, werden durch sie alle kinderreichen Familien erfaßt? Diese Frage muß verneint werden. Was die Ermäßigung der direkten Steuern anbetrifft, so fällt diese in den meisten Fällen wenig ins Gewicht, da kinderreiche Haushaltungsvorstände meist sehr wenig oder gar keine Steuern zahlen, dagegen durch die indirekten Steuern, die auf zahlreiche Bedarfsgegenstände, von den Streichhölzern angefangen, sie um so schwerer belastet werden, je mehr Kinder vorhanden sind.

Es müssen daher andere Maßnahmen ergriffen werden, um die kinderreichen Familien vor der Verelendung zu schützen und ihnen eine Lebensführung zu sichern, die die Aufzucht eines gesunden, arbeitsfähigen und arbeitsfrohen Geschlechtes gewährleistet. Als Kernpunkt dieser Maßnahmen ist eine gewisse Bevorzugung der Kinderreichen bei der Neuregelung der Wohnungsfragen und dem Ausbau des Siedlungswesens zu betrachten.

Unsere traurige Finanzlage gestattet nun leider nicht, diese wohl erkannten Mißstände in der gewünschten großzügigen Weise abzustellen, immerhin ist durch die beginnende Siedlungstätigkeit ein Anfang dazu gemacht. Es wird nun von Persönlichkeiten, die sich die Verbesserung der Lage der kinderreichen Familien zur Aufgabe gestellt haben, befürwortet, daß Staat oder Gemeinden besondere Wohnsiedlungen mit einem Ackerlande von vier Fünftel Morgen für diese schaffen, sie in einfachster Weise ausstatten und kostenfrei oder gegen einen geringen Miets- oder Pachtzins an Familien mit mindestens vier unversorgten Kindern abgeben.

Eingehende Berechnungen beweisen, daß diese produktive Fürsorge keine Wohltätigkeit bedeutet, sondern durch Gewinnung neuer Kräfte und Steigerung der Volksgesundheit, durch Zurückführung der Großstädter in die ländliche Lebensweise, verbunden mit der Produktion von Lebensmitteln, dem Wiederaufbau Deutschlands wesentliche Dienste leisten würde.

2000 Mark Belohnung

demjenigen, der geeignete Nachricht gibt zur Ermittelung der Diebe, welche in der Nacht zum 17. Nov. die Wäsche aus unserem Mühlengebäude gestohlen haben. Verschwiegenheit wird zugesichert. Die Wäsche ist gezeichnet A. H. und F. S. Vor Ankauf wird gewarnt.

F. Schneider,
Mühle Nebra.

Leipziger Neueste Nachrichten
täglich 2 Ausgaben
Hauptblatt Mitteldeutschlands
Grösste deutsche Tageszeitung
ausserhalb Berlins
Das Familienblatt Leipzigs
Postbezugspreis monatlich Mk. 12.50
*
Ausführliche Handels-Nachrichten und Kursnotierungen von allen bedeutenden Wirtschaftsplätzen des In- und Auslandes.
Vielbeachtete tägliche Leitartikel
würdigen die wichtigsten politischen und Tagesereignisse in freimütiger Kritik von hoher vaterländischer Warte.
Umfangreicher Nachrichtendienst vom In- und Auslande.
*
Eines der verbreitetsten, meistbenutzten und wirksamsten Ankündigungsmittel.
Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterssteinweg 19.

:: Zentral-Lichtspiele ::
Nebra. „Preußischer Hof" Nebra.

Sonnabend, 17. Dez., abends 8 Uhr:
Das große gewaltige Filmwerk
Das Land der Finsternis
Abenteurerfilm mit der dänischen Sensationsdarstellerin **Emilie Sannom.**
Der Film für Alle!
Größte Neuheit auf dem Gebiet der Filmtechnik!
Unter persönlicher Mitwirkung des Hauptdarstellers Schmidt-Berlin
Zu diesen ausgezeichneten Großstadtprogramm ladet freundlichst ein **J. Grubemann.**

Bekanntmachungen

Zum Zwecke der Ausfertigung von neuen Steuerbüchern werden die Arbeitgeber hierdurch nochmals aufgefordert, uns sofort, spätestens bis 15. ds. Mts., ein **Verzeichnis ihrer Arbeitnehmer** einzureichen. Das Verzeichnis muß enthalten: Vor- und Zunamen, Geburts-Tag, -Jahr und -Ort des Beschäftigten. Bei Verheirateten auch Vor- und Geburtsnamen der Ehefrau.

Nebra, 12. Dez. 1921.

Der Magistrat. Krey.

Säuglingsfürsorge.
Beratungsstunde: Freitag, den 16. d. Mts., nachm. 1/3 3 Uhr im **Preußischen Hof.** Zuckerbezugsscheine für die Mütter werden dort ausgegeben.

Radfahrer-Vereinigung Nebra und Umgegend.
Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung.

Margarine
à Pfund 29. 31 und 32 Mark, empfiehlt **Wwe. Meitz.**

Feinste
Fettbücklinge
treffen heute ein. **Wwe. Meitz.**

Täglich frisches pa. Roßfleisch
bei
Berta Brückner, Bleichplan.

Schweine
mästet kolossal Freßpulver „Sui"
Zu haben bei
Walter Gutsmuths, Adler-Droger 16

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife
f. zarte, weisse Haut und blend. schönen Teint. Ferner macht „Dada-Cream" rote und spröde Haut weiss u. sammetweich. Überall zu haben

Geld verleiht Schneeweiß, Seebad Ahlbeck

Ratten! Mäuse!
tötet unfehlbar „Ackerlon".
Zu haben bei:
Walter Gutsmuths, Adler-Drogerie.
Bei **Schlaflosigkeit, nervöser Ueberreitztheit** durch Berufsarbeit, nervöses Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Neurasthenie, Epilepsie nehme man **Doesels Bromhaldrianelixier.** Flasche Mk. 8.50.
Versand: **Grüne Apotheke Erfurt 77.**

Das schönste Weihnachtsgeschenk
eines Familienvaters für seine Lieben ist ein
Versicherungsschein
der **Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.**
Diese älteste deutsche Anstalt hat bisher mehr als
3 1/2 Milliarden Mark
an Versicherungen abgeschlossen und bietet diese zu niedrigen Kosten und günstigen Bedingungen.
Näheres durch den Vertreter:
Alfred Barthel i. Fa. **R. Barthel, Nebra.**

Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend zur Kenntnis, daß ich am **Mittwoch, den 14. d., M.** eine
Obst- und Gemüsehandlung
eröffne und bitte die geehrte Einwohnerschaft um gütigen Zuspruch. Ich werde stets bemüht sein, durch reelle und saubere Bedienung den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.
Frau Berta Töpfer, Nebra, Altenburgstr. 2.

Weihnachten in Bethel.
Nach Licht und Liebe sehnen sich alle Herzen. Die Weihnachtsbotschaft will solche Sehnsucht stillen, denn sie zeigt in dem Kind von Bethlehem den Quell alles Lichtes und aller Liebe. Diese Botschaft gilt besonders den Kleinen, Kranken und Armen. Von ihnen beherbergt Bethel eine große Zahl. Es sind mehr als 4000 Fallsüchtige, Gemütskranke, Kriegsbeschädigte und Heimatlose aller Art und aus allen Teilen Deutschlands, die bei uns Weihnachten feiern wollen. Jedem möchten wir gern eine kleine Freude bereiten. Das ist jetzt schwer wie noch nie. Darum klopfen wir bei den Freunden von Bethel an mit der dringenden Bitte: Helft uns in dunkle und traurige Herzen etwas von dem Sonnenschein zu bringen, den Weihnachten bescheren will. Jede kleinste Gabe ist willkommen, besonders Kleidungsstücke aller Art, Spiele, Bilder, Bücher oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unsere Hand kommen, desto lieber ist es uns!
Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße
Bethel bei Bielefeld, Dezember 1921. **F. v. Bodelschwing,** Pastor.
Postscheckkonto: Nr. 1904 Hannover.

Stadtsparkasse Nebra a. U.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/3 Prozent.
Kostenfreier Scheck- und Ueberweisungs-Verkehr.
Bank-Konten: Bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) und bei der Mitteldeutschen Kommunalbank Magdeburg.
Unentgeltliche Einziehung von Spareinlagen, Pensionen, Gehältern, Zinsen usw von auswärtigen Kassen und Banken.
Bearbeitung von Darlehns- und Hypothekensachen
Ueberweisung von Mieten, Steuern, Lebensversicherungsbeiträgen, Gas- und Wassergeld, Zinsen und dergl.
Einlösung von Zinsscheinen, Beschaffung neuer Zinsscheinbogen
An- und Verkauf von Wertpapieren
Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren
Kreditgewährung auf Hypothek — gegen Unterpfand — gegen Bürgschaft
Reisekreditbriefe
Kassenstunden: Wochentags von 8 bis 12 und 2 bis 4 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219211214-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt für die Veröffentlichungen des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint Mittwoch und Sonnabend vormittag.
Bezugspreis monatlich: durch den Boten ins Haus gebracht 2.50 Mark. Durch die Post 7.50 Mark, durch die Briefträger frei ins Haus 7.50 Mark vierteljährlich.

Zeitung für Stadt und Land

Anzeigen: Es kostet der 54 mm breite Anzeigen-Millimeter Raum 25 Pfg., der 90 mm breite Reklame Millimeter-Raum im Reklameteil 75 Pfg. Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag mittags 12 Uhr angenommen. Größere Anzeigen müssen einen Tag früher aufgegeben werden.

Auschrift für alle Postsendungen: Sauer'sche Buchdruckerei in Roßleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Telefon: Amt Roßleben Nr. 21. Postscheckkonto: Leipzig 22832.
Schriftleitung, Verlag und Druck: Wilh. Sauer in Roßleben.

Nr. 101. **Mittwoch, den 14. Dezember 1921.** **34. Jahrgang.**

Die Not der deutschen Presse.

Die deutsche Presse wird plötzlich vor die bedürftige, mit allen möglichen Mitteln bisher verhinderte Katastrophe gestellt. Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünfzigfache gesteigerten Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten abwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 Mark kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37000 Mark gestiegen war. Plötzlich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Verteuerungen und die enormen Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die Produktionskosten zu Riesensummen zusammen, zu denen auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungsgewerbe aufrecht zu erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen. Wir treiben offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Ordnung des Staatslebens bedeuten wird. Nur Kurzsichtigkeit und Unkenntnis kann das verkennen. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Das muß verstanden und gewürdigt werden in dem Augenblick, wo es nun tatsächlich geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse.

Wir erwarten daher zuversichtlich, daß die unbedingt notwendigen außergewöhnlichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zuletzt deshalb getragen werden, weil nur so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Erliegen schützen. Und wenn es leider bei der stürmischen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche altengebürgerte und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbruch zu retten, so darf uns doch Pessimismus nicht dahin bringen, daß wir ganz widerstandslos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Presse, die — jede Zeitung in ihrer Richtung — mehr als je kämpft für das Wohl der Volksgesamtheit in diesen Zeiten, bedarf auch in erhöhtem Maße der Einsicht ihrer Leser.

Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenthalben anerkannt werden, solange es noch Zeit ist!

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V.

Aus der Umgegend.

Nebra, 14. Dezember

— **Siedlungs-Vortrag.** Auf Sonnabend, den 10. dss. Mts., wurde auf Veranlassung des Wohnungsamtes in das „Weiße Roß" eine Versammlung einberufen, die sich mit der Abhilfe der Wohnungsnot beschäftigte. Der Vorsitzende des Kreiswohnungsamtes in Querfurt, Herr Kreissekretär Burnus, führte in seinem Vortrage aus, daß der Wohnungsnot nur durch die Pflege und Förderung des Siedlungswesens, der Herstellung von Eigenheimen gesteuert werden könne. Er erläuterte an verschiedenen Beispielen den bereits im Kreis getätigten Siedlungsbau und trat sehr warm für die Gründung einer Heimstättengesellschaft in seinen Ausführungen ein. Die darauffolgende Aussprache bewegte sich zum größten Teil über die Frage des Kostenpunktes bezw. der Baugeldzuschüsse, und zwar mit Recht, da es dem einzelnen der Siedler nicht möglich ist, die heute enorm hohen Baukosten selbst zu tragen, und der Bau eines Eigenheims nur zustande kommen kann, wenn Staat, Gemeinde und sonstige öffentliche Institute durch Gewährung von langfristigen, unverzinsbaren Beihilfen, die nur mit einem geringen Prozentsatz im Laufe der Zeit zurückgezahlt werden können, eingreifen. Dieser Aussprache folgte dann die Wahl einer Kommission, die beauftragt wurde, die Vorarbeiten zur Einberufung der Gründerversammlung einer Baugesellschaft, zu erledigen. Die Versammlung war sich bewußt, daß nur auf diesem Wege der Wohnungsnot gesteuert werden könnte und es war bei allen Versammlungsteilnehmern der Wille vorhanden, den Heimstättenbau in jeder Hinsicht zu fördern.

— **Im Zentral-Theater** gelangt am Sonnabend ein Abenteuerfilm: „Das Land der Finsternis" zur Aufführung. Die Besucher werden hierbei gewiß auf ihre Rechnung kommen.

— **Zur Wirtschaftslage.** Aus dem Landratsamt geht uns nachstehende Zuschrift zur Veröffentlichung zu: „In einer Zeitschrift des Einzelhandels findet sich eine eindringliche Mahnung an Industrie, Groß- und Einzelhandel, dem „fieberhaften Gewinntaumel, der Teile von Großhandel und Industrie ergriffen, aber auch vor dem Einzelhandel nicht Halt gemacht hat, Einhalt zu gebieten und die unverantwortlichen Elemente innerhalb seiner Reihen, Vampyre an der ohnehin geschwächten und ausgebeuteten deutschen Volkswirtschaft, von sich abzuschütteln". Diese Ausführungen lassen erkennen, daß es den Erwerbsständen bisher noch nicht gelungen ist, der um sich greifenden Mißstände Herr zu werden. Umsomehr wird es Pflicht sämtlicher beteiligter Behörden sein, das ehrliche Streben des Handels, Schieber und Wucherer auszumerzen, mit allen Mitteln der Aufklärung, des polizeilichen strafrechtlichen Vollzuges zu unterstützen. Aber auch der Verbraucher wird zum Erfolge wesentlich beitragen können, wenn die Einsicht Oberhand gewinnt und sinnlose Angstkäufe, die in steigendem Maße zu beobachten sind, unterlassen werden. Die übermäßige Inanspruchnahme des Marktes führt zu einer Steigerung der Preise und schädigt diejenigen Teile der Bevölkerung, die aus volkswirtschaftlich begründeten Erwägungen oder aus Mangel an Mitteln sich in ihren Anschaffungen auf das Nötigste beschränken. Ein bedenklicher Rückschlag mit schwersten Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt ist eine weitere in ab ehbarer Zeit zu erwartende Folge der Angst- und Hamsterkäufe. Das unwirtschaftliche Treiben der Hamsterer entzieht aber auch wichtige Waren und Rohstoffe ihrer Bestimmung und setzt sie dem Verderben aus, so daß sie der veramten Volkswirtschaft dauernd verloren gehen."

— **Die Zuckerpreise** sind, wie uns die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie mitteilt, soeben neu festgesetzt worden. Die von ihr seit Ende September ihren Mitgliedern vorgeschriebenen niedrigen Preise, die nach Ansicht des Reichswirtschaftsrates einen Kleinhandelspreis von etwa 5 Mk. je Pfund rechtfertigen, können von ihr nicht mehr aufrecht erhalten werden, wie auch sonst für alles in letzter Zeit eine Preissteigerung eingetreten ist. Die zweimalige Erhöhung der Eisenbahnfrachten um insgesamt 95 v. H., die Verteuerung der Kohlen und aller Betriebsmittel, die Erhöhung der Löhne müssen einen Ausgleich erfahren. Vor allem aber muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß aus dem Zucker ein Zuckerrübenpreis herausgewirtschaftet wird, der in angemessenem Verhältnis zu dem Preise anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht. Bei dem bisherigen Zuckerpreise, zu dem bereits bis etwa ein Drittel der Zuckererzeugung des ganzen Jahres verkauft ist, ist das nicht möglich. Bleibt der Zuckerrübenpreis zu niedrig, dann wird die Landwirtschaft im nächsten Jahre weit weniger Rüben bauen, eine für unsere Volksernährung sehr bedenkliche Aussicht. Der neue Preis ist auf rund 500,— Mk. je Zentner gewöhnlichen gemahlenen Zuckers ohne Sack ab Verladestelle der Fabrik festgesetzt worden, d. h. auf kaum die Hälfte des Weltmarktpreises. Gleichzeitig sind weitere Freigaben erfolgt, um der Zuckerknappheit abzuhelfen, sodaß nahezu die Hälfte der voraussichtlichen Erzeugung dieses Jahres für die Monate Oktober—Februar dem Verbrauch zur Verfügung stehen wird. Abhilfe der Zuckerknappheit ist aber auch dann nur möglich, wenn die Eisenbahnwagengestellung eine ganz andere wird.

— **Preiserhöhung.** Der Landesverband der Schmiedevereinigungen für Thüringen und angrenzende Gebiete, sowie der Schmiede-Bezirks-Verband für die Provinz Sachsen und die „Freistaate" Anhalt und Braunschweig geben bekannt, daß sie infolge der enorm gestiegenen Materialien- und Kohlenpreise (Rohhufeisen: spec. Qual. über 1000 Mk.) gezwungen sind, die Preise ihrer Preisliste vom 1. April 1921 auf 50%, bezgl. Hufbeschlag auf 60—70% zu erhöhen.

— **Schreibe auf Vorrat!** Post und Eisenbahn wetteifern in der Erhöhung ihrer Gebührensätze und bald muß es sich zeigen, welche der beiden Verwaltungen zuerst ihren Betrieb zugrunde gerichtet hat. Kaum hat der Reichsrat einen zum 1. Januar inkraft tretenden Gebührentarif genehmigt und schon hat die Reichspostverwaltung eine neue Bor-

Künzner das Wort zu ihrem Vortrage über „Zweck und Ziel der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine". Die ersten landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine seien in den 90er Jahren in Ostpreußen gegründet worden aus dem Wunsch der landwirtschaftlichen Frauen heraus, sich durch regen Austausch von Gedanken und Erfahrungen selbst weiterzubilden. Des weiteren sollten die Vereine die Gegensätze zwischen Stadt und Land überbrücken. In den Städten habe es Hausfrauenvereine schon seit den 70er Jahren gegeben. Dort seien die Frauen fester organisiert. So säßen denn auch im Reichswirtschaftsrat 2 städtische Frauen, während die Landhausfrau dort garnicht vertreten sei, und doch sei dringend notwendig, daß auch die Wünsche der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine vorgetragen würden. Deshalb sei die Hausfrauenorganisation ebenso notwendig, wie die Organisation der Männer. Wiederholt sei auch bereits der Reichsverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, deren 1. Vorsitzende Frau Elisabeth Böhm sei, von den Behörden zu Rate gezogen. Aufgabe der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine sei ferner der Ausbau des Lehrlingswesens, Bildung von Wanderhaushaltungsschulen und Wohlfahrtspflege. Die Ausstellung der Hausfrauenvereine auf der Ausstellung der D. L. G. im Sommer in Leipzig habe gezeigt, was die Hausfrauen alles leisten könnten. Die Rednerin schloß mit der Aufforderung an die anwesenden Hausfrauen, sich in den landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen zusammenzuschließen. „Wir brauchen jeden Kopf und jede Hand zum Wiederaufbau des Vaterlandes". Darauf traten die anwesenden Hausfrauen auf Veranlassung von Frl. Seidler-Göhrendorf zusammen, um Vorarbeiten zu treffen für die Gründung von landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen. Darauf ergriff Herr Reichstagsabgeordneter Hemeter das Wort. In seinem Referat über die Grundlagen unserer Ernährungspolitik beleuchtete Herr Hemeter die Ernährungsfragen vor dem Kriege, nach dem Kriege und nach den Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles und des Ultimatums. Die schlimmsten Zeiten wären noch nicht vorüber, sie ständen uns noch bevor; deshalb müsse man bei Zeiten Maßnahmen treffen, um ihnen begegnen zu können. Vor dem Kriege konnte der Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu $^4/_5$ aus dem Inland gedeckt werden und zwar zu 90 % an pflanzlichen Stoffen, zu 76 % an Fleisch und Fett, zu 50 % an Milch und Milchprodukten. Von den 68 Millionen Einwohnern konnten 56 Millionen von der Landwirtschaft ernährt werden.

Nach dem Kriege waren unter dem Einfluß der Zwangswirtschaft und der unseligen Preispolitik die Ernteerträge ganz erheblich zurückgegangen, ebenso der Vieh- und Schweinebestand sowohl an Stückzahl wie an Qualität und Schlachtgewicht. Die Milchproduktion war von 24 Milliarden Liter jährlich auf 9 Milliarden zurückgegangen. Weiter verschärft wurde die Ernährungslage durch die schlimmen Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles. Des weiteren müßten wir alles, was die Landwirtschaft der Entente: zu ihrem Wiederaufbau braucht an Saatgut, Düngemitteln, Maschinen usw. an sie abliefern und zwar kann die Entente hierfür immer wieder neue Forderungen stellen. Wir sind mit unserer Lebensmittelproduktion zurückgeworfen in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, jedoch mit dem Unterschiede, daß damals die Gesamtbevölkerung etwa 45 Millionen betrug und sich aus $^3/_4$ Erzeugern und $^1/_4$ Verbrauchern zusammensetzte, während heute bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60 Millionen $^1/_3$ Erzeuger etwa $^2/_3$ Verbrauchern gegenüberstehen. Wenn wir unsere Bevölkerung so ernähren wollten wie vor dem Kriege, so müßten wir alljährlich für 13,8 Milliarden Goldmark Lebensmittel einführen. Wir können aber nur 4 Milliarden Goldmark dafür ausgeben. Redner beleuchtete dann das heutige Finanzelend und legte überzeugend dar, daß auch bei schärfster steuerlicher Kraftanstrengung das Ultimatum nicht erfüllt werden kann. Unsere Hauptaufgabe bestünde in der Hebung der Landwirtschaft. Dies müsse das Ziel unserer Politik sein. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft kann nur gehoben werden, wenn für Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande gesorgt würde, wenn dem Bauern die Garantie geboten würde, daß er das, was er säet, auch ernte. Ferner sei erforderlich die Gewährung des Besitzes und Eigentums und schließlich die uneingeschränkte Verfügung über die Produktionsmittel. Leider würde dem aber von landwirtschaftsfeindlicher Seite entgegengearbeitet, teils offen durch die Drohung der Sozialisierung, teils versteckt in Gestalt von Steuerprojekten. Falls die Erfassung der Gold- oder Sachwerte durchgeführt werden sollte, so würde das die Ueberfremdung des deutschen Eigentums bedeuten. Im Interesse der Hebung der Produktion müsse die Zwangswirtschaft gänzlich abgebaut werden. Notwendig sei ein enges Arbeitsverhältnis des Landbundes mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen. Ferner müsse eine Verständigung zwischen Erzeuger und Verbraucher herbeigeführt werden. Bauer, Bürger und Arbeiter müßten zusammen gemeinsame Arbeit zum Wiederaufbau des Vaterlandes leisten. Die Vortragenden ernteten reichen Beifall. Abdann wurde zur Wahl des Bezirksvorstandes geschritten. Um 5^{00} Uhr schloß der Kreisbauernmeister die Sitzung. Am Abend fand ein gemeinsames Essen statt, an welches sich noch ein flotter Tanz anschloß, der Alt und jung noch manche Stunde froh beisammen sah.

Waltershausen. Sechzehn Puppen- und Spielwarenfabriken von Waltershausen und Umgegend geben bekannt: Durch einen wilden Streik der Augeneinsetzer sind wir an der Weiterführung unserer Betriebe gehindert und daher gezwungen, allen Arbeitern am nächsten Freitag, für den 23. Dezember d. J., zu kündigen.

* **Neues Reichswaisenhaus.** Zum Ersatz für das an Polen verlorene Reichswaisenhaus in Bromberg soll in Halle ein neues Reichswaisenhaus errichtet werden. Die Reichsfachschule Sachsen-Anhalt mit anderen Waisenpflegeverbänden haben zu diesem Zweck bereits ein Villengrundstück erworben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219211214-16/fragment/page=0005